

11.53

**Bundesrat Mag. Reinhard Pisek, BA** (FPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Bock, wenn man so eine Einstellung gegenüber den österreichischen Unternehmen, Konzernen und der gesamten Unternehmenslandschaft hat, dann verwundert es mich nicht, dass viele Unternehmen Österreich einfach den Rücken kehren, auswandern, Betriebsstätten an einem anderen Ort gründen und dadurch die Arbeitslosigkeit steigt. Das möchte ich einmal betonen. Das haben wir Unternehmer sicher nicht verdient, hier mit dieser Meinung konfrontiert zu werden.

Wir von der FPÖ haben dieser Materie zugestimmt, weil sie Sinn macht. Das ist eine Verfassungsmehrheit, eine Zweidrittelmehrheit. Prüfung und Kontrolle sind wichtig, und Transparenz und Veröffentlichung von börsennotierten Unternehmen sind ganz besonders wichtig. Daher stimmen wir dem gerne zu.

Ich möchte hier aber trotzdem auf drei Punkte, die mir aufgefallen sind, hinweisen. Das ist eine EU-Verordnung, die von April 2014 stammt, und sie ist an alle 27 Mitgliedsländer gleichzeitig ausgesendet worden. In Deutschland wurde dieses Gesetz bereits im Dezember 2015 beschlossen, bei uns passiert das ein Vierteljahr später. Das zeigt auch, dass die Bundesregierung offensichtlich einen anderen Arbeitsstil als die deutsche hat. Dort ist es ja auch eine rot-schwarze oder schwarz-rote Koalition. Was das Arbeitsethos der Bundesregierung betrifft, zeigen sich da doch Differenzen zwischen Österreich und Deutschland.

Punkt zwei: Herr Kollege Brunner, ich darf das, was das Gold Plating betrifft, in einen anderen Fokus stellen. Gold Plating heißt nichts anderes, als dass sich die Nationalstaaten praktisch über die EU-Verordnung hinauslehnen und diese Regulierungen verstärkt und ausgeweitet zur Anwendung bringen. Dieses Gesetz ist schon Gold Plating! Das heißt eigentlich nichts anderes, als dass die Bundesregierung – und das lehnen wir Freiheitliche besonders ab – wieder vor Brüssel in die Knie geht, um praktisch eine Sonderstellung und das Attribut des Musterschülers zu bekommen.

Warum? – Es besteht die Möglichkeit, dieses externe Rotationsprinzip für zehn bis 20 Jahre abzuschließen, und Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich, die drei Hauptstandorte, die Wirtschaftstreiber der Europäischen Union, haben das auch gemacht, nämlich diese Periode von 20 Jahren für das externe Rotationssystem ausgenützt. Bei uns hat man das auf zehn Jahre minimiert. Das sehen wir eher kritisch.

Da sollte man sich an die großen Standorte, an die großen Wirtschaftstreiber Europas angleichen.

Der dritte Punkt betrifft die Aufsichtsbehörde; weil diese Aufsichtsbehörde installiert wird, ist es ja ein Verfassungsgesetz. Diese ist sicherlich gut, es ist sinnvoll, wenn man – wie schon erwähnt – im Sinne der Transparenz eine Verlagerung von öffentlichen, also der auf dem Kapitalmarkt notierten Unternehmen schafft, aber – und das ist interessant – diese Unternehmen, diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen sich ihre eigene Behörde selbst bezahlen.

Die Gelder für die Wirtschaftsprüfungsbehörde kommen auch wieder von den geprüften Unternehmen, und es ist nicht einzusehen, dass der Staat mit einer Abgabenquote, die praktisch schon an die 50 Prozent heranreicht, nicht einmal mehr das Geld aufbringt, eine Behörde, die selbst von der EU vorgeschrieben ist, zu finanzieren. Oder ist das das erste Anzeichen dafür, dass Österreich, trotz dieser Staatsverschuldung, offensichtlich wieder einmal das Geld ausgeht? – Nein, das lehnen wir ab. Der Staat soll seiner Kernaufgabe nachkommen und diese Behörde selbst bezahlen.

Die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind bekanntlich Deloitte, KPMG, PricewaterhouseCoopers und Ernst & Young – die Big Four. Früher waren es die Big Five. Ich darf daran erinnern, dass der große Enron-Skandal 2001 in Amerika die fünfte große Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Arthur Andersen, praktisch in die Liquidation getrieben hat. Auch in diesem Sinne ist es wichtig, dass diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaften auch selbst geprüft werden. Daher stimmen wir diesem Gesetz gerne zu. – Danke vielmals. *(Beifall bei der FPÖ.)*

11.57

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Heute gibt es hier eine extrem starke Präsenz von PensionistInnen aus Oberösterreich, aber es soll kein Besuch in diesem Bundesrat ohne Begrüßung sein. – Herzlich willkommen bei uns im Bundesrat! *(Allgemeiner Beifall.)*

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Staatssekretär Dr. Mahrer. – Bitte, Herr Staatssekretär.